

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 886846 pbbn d

Inhalt

41. Jahrgang / 60

27. März 1986

Karsten D. Voigt MdB bewertet die Antwort von Präsident Reagan auf die Gorbatschow-Initiative:
In der Substanz nichts Neues.

Seite 1

Peter Conradi MdB verurteilt die Versuche der FDP, die Um- und Neubauten des Bundestages zu torpedieren:
Hemmungsloser Opportunismus.

Seite 5

In der Substanz nichts Neues

Eine Bewertung der Antwort von Präsident Reagan auf die Gorbatschow-Initiative

Von Karsten D. Voigt MdB
Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages

Die Antwort von Präsident Reagan auf die Gorbatschow-Initiative wurde nicht veröffentlicht. Im folgenden konnte deshalb nur das bewertet werden, was seitens der amerikanischen Regierung und in den Medien als „Elemente“ der Antwort von Präsident Reagan veröffentlicht wurde.

Zielvorstellung: Abschaffung der Nuklearwaffen

In der amerikanisch-sowjetischen Erklärung vom 8. November 1985 heißt es: „Beide Seiten sind der Überzeugung, daß die anstehenden Verhandlungen letztlich, wie auch die Bemühungen allgemeiner Art zur Begrenzung und Verringerung von Waffen zu der vollständigen Beseitigung der Kernwaffen allerorts führen sollten.“ Gorbatschow hatte am 15. Januar 1986 vorgeschlagen, den Prozeß der „Befreiung der Erde von nuklearen Waffen in den nächsten 15 Jahren“ bis zur Jahrhundertwende schrittweise zu verwirklichen.

Präsident Reagan begrüßt, daß die Sowjetunion bereit ist, auf das Ziel der Eliminierung nuklearer Waffen hinzuwirken. Er knüpft dies jedoch an die Notwendigkeit von Fortschritten bei der Herstellung eines umfassenden Sicherheitsgleichgewichts zwischen Ost und West. Dazu soll nach seiner Meinung auch der Abbau der bestehenden konventionellen Ungleichgewichte gehören, das weltweite Verbot chemischer Waffen bei angemessener Verifikation und die Vereinbarung neuer vertrauensbildender Maßnahmen. Reagan zieht ferner eine Verbindung zur strikten Einhaltung eines nuklearen Nichtverbreitungsregimes und zur friedlichen Lösung von Regionalkonflikten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
by the Social Democratic
Press Service



Die Betonung des konventionellen Gleichgewichts als Voraussetzung für den Abbau nuklearer Waffen entspricht auch den Vorstellungen der SPD. Die Forderung Reagans, parallel zum Abbau nuklearer Waffen andere Massenvernichtungswaffen zu verbieten, ist ebenso plausibel. Auch die übrigen Forderungen leuchten ein und lassen sich im übrigen mit den Gorbatschow-Vorschlägen in Einklang bringen.

SDI und Weltraumwaffen

Gorbatschow hatte in seinem Vorschlag den Verzicht auf die Entwicklung, die Erprobung und die Aufstellung von Weltraumangriffswaffen gefordert. In der dritten Phase soll ein multilaterales Verbot von Weltraumangriffswaffen vereinbart werden. Der Vertrag muß von den führenden Industrienationen unterschrieben werden.

Präsident Reagan beschränkt sich darauf, noch einmal die amerikanische Haltung zu bekräftigen, nach der Begrenzungen für Forschungen im Bereich strategischer Abwehrwaffen nicht verifiziert werden können. Wie bei Gorbatschow enthält seine Antwort nichts zur Frage der Abgrenzung von Forschung/Entwicklung und zur Einhaltung des ABM-Vertrags.

Strategische Waffen

Aufbauend auf den sowjetischen Vorschlag vom 30. September 1985 schlug Gorbatschow am 15. Januar 1986 die Verringerung all derjenigen Nuklearwaffen der Sowjetunion und der USA um die Hälfte vor, die das Territorium des anderen Staates erreichen können. Nach den Vorstellungen vom 30. September 1985 würde dies die Reduzierung von „nuclear charges“ auf 6.000 bedeuten. Innerhalb dieser Zahl soll es ein „freedom to mix“ bei den einzelnen Trägersystemen geben, jedoch dürfen nicht mehr als 60 Prozent der Gesamtzahl der Sprengköpfe auf eines der drei Elemente der strategischen Triade verteilt werden. Außerdem sollen alle weitreichenden Marschflugkörper mit einer Reichweite von über 600 Kilometer verboten werden.

In Bezug auf die strategischen Waffen verweist Reagan auf den amerikanischen Vorschlag vom 1. November 1985. Dieser sieht eine Reduzierung der strategischen Waffen um 50 Prozent und eine Reduzierung der Sprengköpfe auf Raketen auf 4.500 - davon 3.000 auf landgestützten ICBM's - vor. Das Wurfgewicht der Raketen soll um ebenfalls die Hälfte reduziert werden. ICBM's und SLBM's sollen auf eine Zahl zwischen 1.250 und 1.450, die Zahl der strategischen Bomber auf 350 reduziert werden. Neue, schwere ICBM's oder mobile ICBM's sollen verboten werden.

Neue Elemente enthält die Antwort von Präsident Reagan also nicht.

INF-Systeme

Gorbatschow hatte die vollständige Beseitigung der Mittelstreckenraketen der Sowjetunion und der USA in der europäischen Zone gefordert, und zwar sowohl ballistischer Raketen als auch von Marschflugkörpern. Dies sei gedacht als erster Schritt auf dem Weg der vollständigen Befreiung des europäischen Kontinents von Kernwaffen. Allerdings dürften die USA ihre Raketen nicht an andere Länder weitergeben. Großbritannien und Frankreich müßten ihre Kernwaffen zahlenmäßig einfrieren.

Im Bereich der Mittelstreckensysteme ist der amerikanische Vorschlag am detailliertesten. Er bekräftigt zunächst die Notwendigkeit der Gleichheit der Rechte und Obergrenzen, und zwar im globalen Maßstab. Reagan lehnt eine Verknüpfung bilateraler amerikanisch-sowjetischer Vereinbarungen mit Vereinbarungen über die Verminderung von Drittstaatensystemen ab. Kurzreichende INF müßten angemessen begrenzt werden. Außerdem sei ein effektiver Verifikationsmechanismus zu vereinbaren.

Reagan schlägt dann drei Phasen vor, in denen sich der Abbau der Systeme vollziehen soll:



- a) Bis Ende 1987 sollen die landgestützten INF-Systeme größerer Reichweite in Europa auf 140 Abschußvorrichtungen reduziert werden. Gleichzeitig müßte sich die Zahl der Abschußvorrichtungen für die sowjetische SS 20 ebenfalls auf 140 vermindern. Im gleichen Verhältnis, wie die europabezogenen Mittelstreckensysteme reduziert würden, müßte der Abbau der sowjetischen SS 20 im asiatischen Teil der Sowjetunion vorgenommen werden. Da zur Zeit von 270 SS 20-Systemen in Europa ausgegangen wird, die sich auf 140 reduzieren sollen, würde bei 171 in Asien stationierten SS 20 eine Reduzierung auf 90 Abschußvorrichtungen vorgenommen werden müssen.
- b) Im Verlauf des Jahres 1988 sollen die noch verbleibenden LRINF-Flugkörper wiederum um 50 Prozent reduziert werden. Dies würde für Europa eine Zahl von 70, für Asien eine Zahl von 45 SS 20-Raketen bedeuten.
- c) Bis Ende 1989 sollen alle amerikanischen und sowjetischen landgestützten Mittelstreckensysteme abgebaut sein.

In jeder der drei Phasen sollen globale Obergrenzen für die Gefechtsköpfe auf INF-Mittelstreckensystemen festgeschrieben werden. Abschußgestelle und Raketen müßten ebenso wie die Sprengköpfe verschrottet werden. Solange in Asien sowjetische SS 20-Systeme verbleiben, sind die USA berechtigt, eine entsprechende Anzahl aus Europa in die USA zurückzuverlegen.

Bereits am 1. November 1985 hatten die USA vorgeschlagen, die Zahl der europabezogenen Mittelstreckensysteme auf 140 Abschußgestelle und die asiatischen Systeme im gleichen Verhältnis zu reduzieren. Daraus hätte sich eine globale Obergrenze von etwa 690 Gefechtsköpfen auf Mittelstreckensystemen ergeben. Innerhalb der Obergrenze von 140 Abschußvorrichtungen sollte es freie Wahl der Systeme geben.

Der Vorschlag vom 23. Februar ist im wesentlichen identisch mit dem vom 1. November 1985. In Bezug auf die zweite und dritte Phase läuft er auf eine Verwirklichung der von den USA bereits 1982 in den Genfer Verhandlungen geforderten „Null-Lösung“ bei den INF-Waffen hinaus. (Vollständige Beseitigung aller sowjetischen Mittelstreckenraketen im Gegenzug auf den Verzicht der Aufstellung amerikanischer Flugkörper mittlerer Reichweite in Europa).

Es ist also festzustellen, daß sich die amerikanische Position in diesem zentralen Punkt in der Substanz nicht verändert hat. Lediglich das Drei-Phasen-Konzept ist neu. Die Verwirklichung der Ersten Phase entspräche dem Vorschlag vom 1. November 1985, die der Dritten Phase dem alten amerikanischen Null-Lösungsvorschlag von 1982. Die Verknüpfung mit der Forderung nach Einbeziehung beziehungsweise Einfrieren der Drittstaatsysteme wird weiterhin abgelehnt.

INF kürzerer Reichweite

Gorbatschow hatte vorgeschlagen, in der zweiten Phase nukleare Trägerwaffen mit einer Reichweite bis zu 1.000 Kilometer einzufrieren. Die 50prozentige Reduzierung der amerikanischen und sowjetischen zentralstrategischen Systeme sollte mit der Beseitigung aller Nuklearwaffen mit einer Reichweite bis zu 1.000 Kilometern einhergehen.

Der Vorschlag von Präsident Reagan vom 24. Februar 1986 ist offensichtlich in dieser Hinsicht besonders unspezifisch. Er sieht vor, daß die Reduzierungen im Bereich der Mittelstreckensysteme durch Begrenzungen bei den Raketen kürzerer Reichweite ergänzt werden sollen. Das soll entweder geschehen durch ein Einfrieren auf den Stand von 1982 oder durch die Vereinbarung gleicher Obergrenzen, die dem jetzigen sowjetischen Stand entsprechen.

Dies entspricht im wesentlichen ebenfalls dem amerikanischen Vorschlag vom 1. November 1985. Bemerkenswert ist, daß die Frage der Zurücknahme dieser Systeme beispielsweise auf das Territorium

der Sowjetunion offensichtlich gar nicht aufgegriffen wird. Entweder hat man über diesen Punkt nicht nachgedacht oder die USA wollen sich die Option offenhalten, Systeme kürzerer Reichweite in ausreichender Zahl in NATO-Europa zu dislozieren.

Drittstaatensysteme

Gorbatschow verlangte in der ersten Phase ein Einfrieren der britischen und französischen Nuklearsysteme und eine Verpflichtung der USA, ihrerseits keine Systeme an Drittstaaten weiterzugeben.

In der zweiten Phase sollen sich nach der Gorbatschow-Initiative die anderen Nuklearmächte an der Abrüstung im Bereich nuklearer Waffen beteiligen, ihre Kernwaffen einfrieren und keine Waffen auf dem Territorium anderer Länder stationieren.

In der Vorstellung von Präsident Reagan würden Vereinbarungen nur zwischen den USA und der Sowjetunion getroffen, das heißt nur deren Systeme würden von Reduzierungen und der Vereinbarung gemeinsamer Obergrenzen betroffen. Die britischen und französischen Potentiale würden keinen besonderen Beschränkungen unterworfen.

Auch hier weicht die amerikanische Linie nicht von dem ab, was bereits 1982 und 1983 in den Genfer INF-Verhandlungen gefordert wurde. Die sowjetische Haltung hat sich hingegen im Vergleich zum Vorschlag vom 14. Oktober 1985 insofern verändert, als nicht mehr die volle Kompensation für britische und französische Nuklearsysteme gefordert wird.

Verifikationsmaßnahmen

Gorbatschow fordert die Kontrolle der zu vernichtenden Waffensysteme durch nationale technische Mittel und erwähnt die Möglichkeit von Inspektionen vor Ort. In Bezug auf die Verschrottung und Beseitigung von Trägermitteln sollten spezielle Verfahren der Verifikation vereinbart werden.

Präsident Reagan fordert ebenfalls angemessene Verifikation der Vereinbarungen durch Einsatz nationaler technischer Mittel und Vor-Ort-Inspektionen. Als zusätzliches Element enthält sein Vorschlag die Forderung nach Datenaustausch.

Die Forderung nach Inspektion vor Ort und Datenaustausch entspricht der seit Jahren von Washington vertretenen Maximalposition. Die Sowjetunion scheint bereit zu sein, im Bereich der Verifikation Konzessionen zu machen und erwähnt erstmals die Möglichkeit von Inspektionen vor Ort im Zusammenhang mit der Reduzierung und Beseitigung von Nuklearwaffen.

Fazit:

Insgesamt ist festzustellen, daß die Antwort von Präsident Reagan

- im Vergleich zur Gorbatschow-Initiative sehr viel begrenzter ausfällt. Zum Komplex Weltraumwaffen, START und Abrüstung im Bereich konventioneller Waffen beschränken sich die USA auf allgemeine Hinweise ohne echte Substanz;
- in Bezug auf INF im Vergleich zu den amerikanischen Vorschlägen vom Herbst letzten Jahres, aber auch zu der Haltung der Amerikaner bei den Genfer INF-Verhandlungen von 1981 bis 1983 keine substantielle Änderung enthält. Ein Durchbruch bei den Genfer Verhandlungen oder der Abschluß eines INF-Zwischenabkommens in absehbarer Zeit ist auf der Grundlage der jüngsten Vorschläge von Präsident Reagan noch nicht zu sehen.

Bemerkenswert ist die Geheimhaltung, mit der die neuen amerikanischen Vorschläge umgeben werden. Dies ist insofern kaum verständlich, als die Vorschläge soweit ersichtlich in der Substanz nichts Neues enthalten.

(-/27.3.1986/rs/ks)

* * *



Hemmungsloser Opportunismus

Zu den Versuchen der FDP, die Um- und Neubauten des Bundestages zu torpedieren

Von Peter Conradi MdB

Der Plenarsaal des Bundestages wurde 1949 in wenigen Monaten als Provisorium errichtet. Damals hoffte das Parlament noch, in wenigen Jahren nach Berlin zurückzukehren. 20 Jahre später begann die Planung für einen neuen Plenarsaal. Im Hinblick auf den geplanten Neubau wurden die überfälligen Reparatur- und Verbesserungsmaßnahmen am alten Plenarsaal zurückgestellt, obwohl dieser Bau längst nicht mehr den statischen und brandtechnischen Vorschriften entsprach. 1981 verwarf der Bundestag die Planung eines neuen Plenarsaals und beschloß, den alten Plenarsaal weiter zu nutzen. Damit war die Beseitigung der Mängel unausweichlich, zumal der Regierungspräsident mit der Schließung des Plenarsaals drohte, wenn der Bundestag die feuer- und sicherheitstechnischen Mängel nicht alsbald beseitige.

1983 legte der Bundesbauminister dem Parlament das Ergebnis seiner bautechnischen Untersuchungen vor. Seit dieser Zeit wissen alle Fraktionen des Bundestages, daß

- das Dach des Plenarsaals aus Gründen der Feuersicherheit und der Standsicherheit erneuert werden muß,
- der Saalboden des Plenarsaals ebenfalls erneuert werden muß,
- die Stützen im Plenarsaal feuersicher ausgebaut werden müssen,
- die seitlichen Glaswände ersetzt werden müssen,
- die Tragkonstruktionen der Tribünen (Holz!) ausgewechselt werden müssen.

Wenn bei einem Gebäude das Dach, die Stützen und Wände und der Fußboden erneuert werden müssen, dann handelt es sich um einen Abriß und Wiederaufbau. Allen Beteiligten war seit 1983 klar, daß die Mängel des Plenarsaals nicht durch einige kleine Reparaturen und etwas Farbe zu beheben sind, sondern daß der Plenarsaal abgerissen und neu aufgebaut werden muß. Wer jetzt behauptet, er habe das Ausmaß der Arbeiten am Plenarsaal damals nicht absehen können, hat seine Unterlagen nicht gelesen. Das ist bei der FDP-Fraktion, die ebenso wie die Fraktion der Grünen an der Arbeit der Baukommission nur gelegentlich teilnimmt, nicht überraschend.

Der Ältestenrat hat seit 1983 acht mal Beschlüsse zu den Empfehlungen seiner Baukommission gefaßt. Die FDP hat mit einer Ausnahme allen Beschlüssen zugestimmt. Lediglich am 30. Januar 1986 hat sie dagegen gestimmt, daß der Planung für den Plenar- und Präsidialbereich, der von dem



Architekten Behnisch vorgestellte Entwurf zugrundegelegt werden soll. Im gleichen Beschluß hat der Ältestenrat nachdrücklich gefordert, alle notwendigen Arbeiten für den Plenar- und Präsidialbereich so zu fördern, daß mit den Abbrucharbeiten am 1. Juli 1986 und mit den Rohbauarbeiten im Plenarbereich am 1. September 1986 begonnen werden kann. Die FDP hat ebenfalls der Anmietung von Hunderten zusätzlicher Büroräume zugestimmt, die für die Auslagerung der von den Bauarbeiten betroffenen Büros des Präsidiums und der Fraktionsführungen benötigt werden. Sollen diese Räume jetzt ein Jahr leerstehen?

Wenn der Rechnungshof den vorzeitigen Abriß des Präsidialbaus beanstandet, weil für diesen Teil des Neubaus noch keine Pläne und Haushaltsunterlagen vorliegen, dann muß dieser Bauteil eben zurückgestellt werden. Das kostet zwar im Endeffekt mehr, denn der Abriß jetzt zugleich mit dem Abriß des Plenarsaals und der Lobby wäre kostengünstiger, aber wenn damit den formellen Forderungen des Rechnungshofs Genüge getan wird, wird der Bundestag diese Mehrkosten schlucken müssen. Die Versuche der FDP, die Neu- und Umbauten des Bundestages zu torpedieren, sind durchsichtig. Die FDP-Bundestagsfraktion spekuliert auf die öffentliche Meinung, der jede Mark für das Parlament suspekt ist. Adolf Arndt hat 1969 dazu gesagt, „mich beunruhigt, daß ich aus den Millionen jährlicher Besucher des Bonner Bundeshauses noch niemals von einem hörte, der die Sparsamkeit nicht gelobt, aber die Frage gestellt hätte, ob denn jenes wirr und billig aneinandergestückte Gehäuse nicht einen sinnlosen Verschleiß von Arbeitskraft verursache, ja, ob solch ein Mißgebilde überhaupt die eigenste Stätte des Volkes... sein könne“.

Und weiter: „Eine Demokratie ist nur so viel wert, wie sich ihre Menschen wert sind, daß ihnen ihr öffentliches Bauen wert ist.“ Das Verhalten der FDP ist nichts anderes als hemmungsloser Opportunismus, der nach dem Beifall derer schießt, die mit dem Parlament sowieso nichts im Sinn haben. Mit der Tradition des deutschen Liberalismus hat diese Haltung nichts mehr gemeinsam. Wenn die beiden kleinen Fraktionen des Parlaments nicht in der Lage sind, sich an den Bemühungen, die Funktionsfähigkeit und das Erscheinungsbild des Bundestages zu stärken und zu verbessern, nicht beteiligen wollen, dann müssen die beiden großen Fraktionen die Verantwortung dafür übernehmen.

(-/27.3.1986/vo-he/rs)

